



Informationsblatt nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung bei Videoüberwachung

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe
Aktiengesellschaft
Am Hohen Ufer 6
30159 Hannover
vertreten durch den Vorstand
E-Mail: info@uestra.de
Telefon: +49 511 1668-0

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Am Hohen Ufer 6, 30159 Hannover
E-Mail: datenschutz@uestra.de
Telefon: +49 511 1668-0

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Videoaufzeichnung zur Wahrnehmung berechtigter Interessen und des Hausrechts gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 2 und 3, Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz, Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) Datenschutzgrundverordnung.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

Verhinderung und Verfolgung von Vandalismus sowie anderen Straftaten und Störungen; Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der Fahrgäste; Beweissicherung zur Geltendmachung rechtlicher Ansprüche; Gewährleistung des Sicherheitsbedürfnisses der Fahrgäste.

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Videoaufzeichnungen werden laufend nach 24 Stunden (bzw. nach 48 Stunden in U-Bahn Stationen und Haltestellen) überschrieben. Eine längere Speicherung erfolgt nur, soweit und solange die Nutzung der Videoaufzeichnung zur Auswertung eines konkreten Vorfalls und/oder als Beweismittel zur Geltendmachung rechtlicher Ansprüche erforderlich ist.

Empfänger der Daten:

Strafverfolgungsbehörden und Gerichte.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist

dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Landesdatenschutzbeauftragte
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Telefon: +49 511 120 45 00
Telefax: +49 511 120 45 99
E-Mail: poststelle@ldf.niedersachsen.de